

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

13 (16.1.1878)

Beilage zu Nr. 13 der Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 16. Januar 1878.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 14. Jan. 23. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Voritze des Präsidenten Lamey. (Siehe Hauptblatt Nr. 12.)

Bei Eintritt in die Beratung des von dem Abg. Seybel erstatteten Kommissionsberichts über das Budget des Großh. Handelsministeriums ergreift in der allgemeinen Diskussion das Wort

Staatsminister Turban: Die für Straßenbau angeforderte Summe habe die neu zu bauenden oder in den Landstraßen-Verband aufzunehmenden Straßen zur Grundlage. Bekanntlich bestimme das Gesetz vom 14. Januar 1868, daß die Aufnahme einer Straße in die Klasse der Landstraßen durch Genehmigung im Budget nur erfolgen solle, wenn zuvor die beteiligten Gemeinden und Kreise hierüber gehört seien. Die Budgetkommission habe deshalb Genehmigung der Anforderungen nur unter der Voraussetzung beantragt, daß Gemeinden und bezw. Kreise über die sämtlichen aufgeführten Bauten, zu welchen sie Beiträge zu leisten haben, nach Vorschrift der Gesetze gehört worden sind. Bei Aufstellung des Budgetentwurfs seien nun die Verhandlungen über eine Anzahl von Straßenbauten nicht so weit gediehen gewesen, daß man die Kreise und Gemeinden gehört habe. Man habe dieselben in das Budget aufgenommen in der Unterstellung, daß bis zu der Beratung die Verhandlungen ihren Abschluß gefunden haben würden. Das sei jedoch bei einem Teil der Straßenbauten nicht der Fall. Mit Bezug auf diese frage es sich nun, ob man die betreffenden Positionen streichen oder in der Annahme, daß die Genehmigung nachgeholt werde, aufrecht erhalten und dadurch gewinnen solle, daß die Bauten noch in dieser Periode ausgeführt werden können. Man vermöge sich über die vorhin erwähnten gesetzlichen Bestimmungen nicht hinwegzusetzen und eine Straße zu bewilligen, ohne auf das Recht der Gemeinden und Kreise Rücksicht zu nehmen, allein so viel könne man sagen, daß wenn Gemeinden und Kreise demnach ihre Zustimmung erteilt haben, keine Bedenken mehr vorliegen werden. Anders, wenn die Interessenten die Zustimmung verweigern, dann würde über das Recht des Kreises und der Gemeinde, obwohl nicht ihre förmliche Zustimmung, sondern nur daß sie gehört seien, erforderlich ist, hinweggegangen sein. Eine solche Rechtsverletzung werde nicht geschehen und es dürfe also die Aufnahme der betreffenden Straßen in das vorliegende Budget nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Zustimmung der Interessenten erfolge.

Es werde als Vorbehalt in dieser Richtung die in dem Kommissionsbericht enthaltene Bemerkung genügen, sonst würde Großh. Regierung auch mit einer Erklärung zu Protokoll einverstanden sein. — Redner schließt damit, daß er bedauere, das fragliche Verhältnis erst jetzt vorlegen zu können, da ihm das erforderliche Verzeichnis erst gestern zugegangen sei.

Der Berichterstatter erklärt, daß auch die Kommission von der Anschauung ausgegangen sei, daß ehe Kreise und Gemeinden gehört seien, und wenn sie ihre Zustimmung nicht erteilen, Straßen nicht gebaut werden sollen.

Abg. Paravicini verspricht sich guten Erfolg von der mit landesherrlicher Verordnung vom 17. Juli 1877 erfolgten Ueberweisung der Landeskultur-Inspektion, der Ge-

schäfte der Kommission für Feldbereinigung und der Katastervermessung an die Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Bei der großen Konkurrenz, die die Landwirtschaft in Folge der gesteigerten Verkehrsmittel aushalten müsse, bei der großen Verteilung des Grund und Bodens und den teilweise mangelhaften Feldweg-Verbindungen im Lande müßten die Feldbereinigungen wo immer möglich vorgenommen werden. Zur leichteren Aufbringung der erforderlichen Geldmittel empfiehlt Redner die Gründung einer Landeskultur-Rententasse, wie sie in der Presse vielfach besprochen sei, auch in anderen Ländern sich sehr bewährt habe. Die Regierung, die bisher immer der Landwirtschaft Förderung zu Theil werden ließ und nicht zögern werde, nach Grund und Boden frei, ungehemmt benutzbar und besser erträglich zu machen, möge die angeregte Frage der Prüfung unterziehen.

Staatsminister Turban erwidert hierauf, daß die Großh. Regierung dem Gegenstande bereits ihre Aufmerksamkeit zugewendet habe, z. Bt. damit beschäftigt sei, das Material zu sammeln und zu sichten und nicht zögern werde, nach Vollendung der Vorarbeiten ihre Vorschläge zu machen.

Abg. Blum: Man sei mit dem Bau von Straßen und der Bewilligung hierfür auf einem Punkte angekommen, wo die Grundlage des Systems anfangs, unwirksam zu werden. Es sei ein sehr glücklicher Griff gewesen, die Bewilligung von der Zustimmung der Kreise und Gemeinden in dem Sinne abhängig zu machen, daß dieselben wenigstens vorher gehört sein müßten; dies habe den Kreisen die wirtschaftliche Bedeutsamkeit klar gemacht. Die Zustimmung der Kreise sei aber wirtschaftlich nicht mehr von Bedeutung, wenn so wie so von den Kreisen, wie sich aus der Tabelle über den durchschnittlichen Jahresantheil an dem Straßenunterhaltungsaufwand pro 1878/79 ergebe, fast durchgängig das Maximum von 2 1/2 Pf. Kreisumlage vom 100 M. Steuerkapital für Unterhaltung der Landstraßen erfordert werde. Redner gebe anheim, ob das Maximum nicht erhöht werden solle, damit hinter dem Votum der Kreise eine Verantwortlichkeit stehe und die Kreise nicht bloß Petenten werden, glaube aber auch, daß wirtschaftliche Bedenken obwalten, die vorgeschlagenen Straßen alle zu genehmigen. Es seien so viele Straßenbauten bewilligt, die noch nicht begonnen, daß es ihm den Eindruck mache, als ob die Straßen von Wichtigkeit gebaut und weitere Bauten bedenklich seien. Redner sei der Ansicht, man solle Straßenbauten nicht in das Budget aufnehmen, über die die beteiligten Kreise und Gemeinden nicht gehört seien; habe man dieselben einmal aufgenommen, so werde schwerlich die Zustimmung nicht erteilt werden.

Der Berichterstatter tritt dem Vorredner entgegen, der offenbar die Verhältnisse nicht kenne, wenn er meine, wir hätten Straßen genug. Dies möge für die Ebene der Fall sein, in die Thäler und Seitenthäler seien die Straßen noch hinaufzuführen. Von der Regierung seien Straßen genug, die wünschenswerth seien, nicht vorgeschlagen; daß die Kammer noch weitere streiche, halte er nicht für richtig. Die Sparsamkeit zu weit zu treiben, sei nicht am Platze; was notwendig zu bauen sei, müsse eben geschehen. Es sollen deswegen auch die Straßen verwilligt werden, bezüglich deren man die Kreise und Gemeinden noch nicht gehört habe, vorausgesetzt, daß nachher keine erheblichen Einwände erhoben

werden. Das Vertrauen dürfe man haben, daß die Großh. Regierung Bauten nicht ausführen werde, wo Einwendungen erfolgen. — Die von dem Abg. Paravicini vorgeschlagene Errichtung einer Landeskultur-Rententasse befürwortet Redner ebenfalls. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Blum, der erklärt, bloß Vertagung der betreffenden Straßenbauten im Auge gehabt zu haben, geht das Haus zur Einzelberatung über.

Tit. VI, Wasser- und Straßenbau, A. ordentlicher Etat, 1. für Wasser- und Straßenbau, a. Straßenbau 2,148,597 M. wird ohne Debatte nach dem Kommissionsantrag, der mit der Regierungsanforderung übereinstimmt genehmigt.

Zu b. Wasserbau, 1) Rheinbau 734,940 M. erhält Abg. Schöck das Wort: Die Rheinbau-Inspektionen haben sich bis jetzt bewährt. Es frage sich aber, ob es nicht wünschenswerth sei, für außerordentliche Fälle noch mehr leitendes Personal zu haben; man möge in solchen Fällen dasjenige der Wasser- und Straßenbau-Inspektionen beiziehen. Redner geht hierauf auf die Wasserwehr-Ordnung ein und spricht schließlich den Wunsch aus, über die außerordentlichen Rheinbauten in Folge der Hochwasserbeschäden möge der regelmäßige Fortgang der Rheinkorrektur nicht allzusehr verzögert werden.

Abg. Ropp hält ebenfalls das Aufsichtspersonal der Rheinbau-Inspektionen bei Eintritt von Hochwasser nicht für hinreichend; man müsse alsdann die Dammeister vermehren, und zwar aus der Zahl der Straßenmeister.

Regierungskommissär Geh. Rath Muth: Wenn Hochwasser eintrete, werde wie bei anderen Fällen gemeiner Noth Alles beansprucht, was Hilfe leisten könne, insbesondere werden auch die Wasser- und Straßenbau-Inspektionen zu Hilfe gerufen und sei für eine derartige Eventualität Anordnung erlassen. Bezüglich der Wasserwehren sei für eine Organisation und für Anschaffung der nöthigen Geräthchaften gesorgt. Die benachbarten Gemeinden seien verpflichtet, den Bedrohten Hilfe zu leisten. Bei dem letzten Hochwasser sei nicht möglich gewesen, überall sofort mit Hilfe zur Stelle zu sein; nun seien besondere Vorkehrungen getroffen und Redner hoffe, daß dieselben bei wieder eintretenden Fällen — die sehr lange ausbleiben möchten — sich bewähren.

Abg. Bürlin l. hält für erforderlich, daß die Wasser- und Straßenbau-Inspektionen, wenn sie im Nothfalle, wo die Rheinbau-Inspektionen nicht ausreichen, eingreifen sollen, die Vorkenntniß nicht verlieren, sondern über alle Rheinbauten auf dem Laufenden gehalten werden.

Abg. v. Feder weist darauf hin, daß die Gemeinden sich in außerordentlichen Nothfällen nicht lediglich auf den Staat verlassen, sondern selbst größere Wachsamkeit entwickeln sollen.

Abg. Ropp: Die Gemeinden seien im Jahr 1876 sehr sorgsam gewesen, es habe aber an einer einheitlichen Leitung gefehlt; beim Dammbau an der Kolonnenstraße sei der Inspektionsvorstand nicht einmal zugegen gewesen.

Regierungskommissär Geh. Rath Muth erwidert hierauf, daß der Fall genau untersucht worden sei und daß die Abwesenheit des Inspektionsvorstandes in dienstlicher Funktion veranlaßt war — derselbe hielt sich an einer andern Stelle des Hochwassers wegen auf — daß übrigens auch dessen Anwesenheit nichts hätte verhüten können.

Die Position für Rheinbau, ferner die für Binnen-Fluß-

* Ein seltsames Leben.

Von W. M. E. Bradon.
(Fortsetzung aus der Beilage Nr. 11.)

Die Identität der Person, an die diese Briefe gerichtet waren, konnte keinem Zweifel unterliegen. Es unterlag ferner keinem Zweifel, daß der Schreiber dieser Zeilen jene Person als seine rechtmäßige Ehegattin ansah. „Meine Muriel, meine innigstgeliebte Frau,“ kam öfter in diesen Briefen vor. Auch war dies nicht Alles — in diesen Briefen, die in aller Liebe und mit vollem Vertrauen geschrieben waren, spielte George Penwyn häufig auf die Gründe an, die ihn zu dieser heimlichen Ehe bewegen hatten. Hier legte er seine ganze Seele dar, seine Hoffnung auf des Quire's Umkehr und Vergebung in künftigen Zeiten, seine Pläne für die Zukunft, seine Absicht, seine Ehe auf jede Gefahr hin bekannt zu machen, sobald er nach England zurückkehre, seinen festen Entschluß, mit Muriel Armut und Entbehrung auf sich zu nehmen, wenn es dahin kommen sollte.

„Doch bin ich nicht ohne die bestimmte Hoffnung,“ so schrieb er in einem späteren Briefe, „daß meine zwei bis drei Jahre währende Abwesenheit von England eine gute Wirkung auf meines Vaters Gemüths in Bezug auf mich haben wird. Jetzt freilich sündigt er sich getränkt, weil ich das veräumte, was er als eine großartige Gelegenheit anzusehen beliebte, das Penwyn'sche Besitztum zu vergrößern und zu befestigen. Doch weiß ich, daß er mich doch im Innersten seines Herzens am liebsten hat von allen seinen Söhnen und daß es ihm das Herz zerreißt, mich zu enterben. Die Zeit wird seine zornigen Gefühle mildern und wenn ich zurückkomme, vielleicht mit Ruhm als Soldat bedeckt, wird er eher geneigt sein, meine Auserwählte gütig anzusehen.“

In einem andern Briefe deutet er die Möglichkeit an, daß Umstände eintreten, welche Muriel zwingen könnten, ihr väterliches Haus zu verlassen.

„Ich könnte nicht fortgehen, ohne sicher zu sein, daß du einen Freund und Rathgeber besitzt, welcher dir in allen schwierigen Fällen beizustehen bereit ist,“ schrieb er. „Ich habe an Herrn Tomlin, dem Advokaten in Seacom, einen treuen, zuverlässigen Freund, und diesen zeilen füge ich einen Brief bei, den ich ihm geschrieben habe, in welchem ich ihn von unserer Heirat in Kenntniß setze und seine Hilfe und Theilnahme für dich erbitte, solltest du ihrer bedürfen. Er wird Alles für dich thun, was lange Freundschaft vermag, sowohl um deine Wohlfahrt und dein Glück, als auch deine Sicherheit und die Achtbar-

keit deiner Umgebung unter allen Umständen zu sichern, ebenso auch, um unser Geheimniß vor Entdeckung zu bewahren. Mache dir keine Sorgen, Muriel, was dir auch kommen mag, sondern vertraue unbedingt Herrn Tomlin's Klugheit und sei versichert, daß, so fern ich dir auch körperlich bin, es keine Stunde am Tage und in der Nacht gibt, wo ich dir im Geiste nicht nahe bin.“

Der Brief an Herrn Tomlin Esq., Rechtsanwalt in Seacom, lag da — das Siegel war unberührt.

Muriel zweifelte nicht daran, daß die möglicher Weise eintretende Schwierigkeit, welche der junge Gatte bei seiner Abreise von England angeht, die Bewältigung war, welche in der That durch Justina's Geburt eingetreten war. Warum aber war dieser Brief nicht abgegeben worden? Wie kam es, daß die unglückliche Gattin — da sie sich in der traurigsten Lage befand, in welche je ein Weib gerathen kann — wo die eigene Mutter Zweifel in ihre Ehre setzte — veräußert hatte, sich an den Freund und Rathgeber zu wenden, an den sie ihr Gatte gewiesen und dessen Schutz er ihre Zukunft anvertraut hatte?

Hatte sie vielleicht vorgezogen, unverdienten Schmach im väterlichen Hause zu ertragen, als Herrn Tomlin's Hilfe in Anspruch zu nehmen — oder war ihr Verstand schon zu der Zeit geschwächt, als der Schicksalsschlag sie traf und sie unfähig machte, den geradesten sowohl, als den vernünftigsten Weg einzuschlagen?

Diese Frage verursachte Maurice viel Kopfschmerzen und war für den Augenblick nicht zu erörtern. Er steckte die Briefe in seine Tasche mit dem Gefühl, daß — nun er diese Dokumente besitze — der Ausgang seinem weiteren Zweifel unterliege. Die einzige Frage, welche Angehts des Kirchenbuchs noch freilich blieb, würde die über Justina's Identität sein. Er stieg die Treppe hinauf, verließ das Haus und machte einen langen Spaziergang über die Hochebene, von wo aus er die Aussicht auf den Atlantischen Ocean hatte — sein Lieblingsweg zu allen Zeiten, durch die frohigen Rüben- und Mangoldwurzelsfelder, hoch über den donnernden Bogen und der wildromantischen Klüfte mit ihren gedachten Spigen und natürlichen Bogen und Obelisken aus Serpentinstein.

Witten in den Felsen erging sich eine Familie Wasserraben — in weiter Ferne schaukelte sich ein Hängeseilboot auf offener See und am Strande schaukelte ein Mann Seetang in einen Karren, und dies, außer einem momentanen Aufblitzen der glänzenden Flügel einer Seemöve, war das einzige Leben, was von den Rabenfeldern aus

weit und breit zu sehen war. Hierher kam Martin kurz darauf, als er sich durch einige Stunden Schlaf von seinem langen Ritt erholt hatte.

„Ich dachte, Sie hier zu finden,“ sagte er, „als ich Sie im Hause vermisste. Der arme Muriel scheint es jetzt erträglich zu gehen. Ich war gerade bei ihr, als sie aufwachte. Wunderbarer Weise konnte sie mich und war sanfter, als ich sie seit langer Zeit gesehen. Indessen scheint sie der Schreck sehr erschüttert und geschwächt zu haben.“

„Das stand wohl kaum anders zu erwarten. Einige Tage Ruhe werden sie hoffentlich wieder stärken. Glaube mir, Martin, es kann kaum Jemand besorgter sein um sie, als ich.“

„Davon bin ich überzeugt, alter Freund.“

„Und nun noch eine Frage. Hast du je den Namen Tomlin gehört?“

„Ja, es gibt einen Rechtsanwalt dieses Namens in Seacom.“

„Einen alten Mann?“

„Nein, höchstens mittleren Alters. Ich würde ihn kaum vierzig schätzen.“

„Dann ist es nicht der Mann, den ich suche. Doch hätte er vermuthlich einen Vater?“

„Ja, der alte Herr Tomlin war, glaube ich, ein ausgezeichneter, von aller Welt geachteter Mann. Ich kann mich nicht erinnern, ihn je gesehen zu haben; denn er starb, als ich noch ein Knabe war; ich habe aber meinen Vater oft von ihm sprechen hören.“

Eine halbe Stunde später, als sie an des Pächters zeitiger Mittagsmahlzeit Theil nahmen, ergriff Maurice die Gelegenheit, Michael Trevanard über diesen Gegenstand zu befragen.

„Den alten Herrn Tomlin?“ sagte der Pächter. „Ja, ich erinnere mich seiner sehr wohl, obwohl er meine Angelegenheit nie besorgt hat. Ein würdiger Mann, bei Allen beliebt; ein Advokat, wie es wenige gibt; ein durchaus ehrlicher Mann. Er starb plötzlich, der arme Mann. Er verließ eines Morgens in besser Gesundheit sein Haus, um den Assisen beizuwohnen, wurde im Gerichtsalle vom Schläge getroffen und hat nie wieder gesprochen. Sein Leichenbegängniß war eines der großartigsten, die ich je in Seacom gesehen.“

„Entsinnen Sie sich zufällig der Jahreszeit seines Todes?“

„Ja, sehr wohl; denn er starb in dem Winter, kurz vor Muriel's langer Krankheit. Er starb im Dezember 1848.“

Dies gab den Aufschluß für Muriel's sonderbare Handlungsweise. Der Tod hatte ihr den einzigen Freund entziffen, an den sie sich hätte wenden können. (Fortsetzung folgt.)

ban, zusammen mit 953,980 M. werden hierauf genehmigt, ebenso die für Unterhaltung der Wasserstraßen, der Leinpfade und der Mannheimer Hafenanlagen im Betrage von 57,400 M.

II, Landeskultur und Feldbereinigung 34,000 M., wird, nachdem Abg. Frech seine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß der Dienst der Landes-Kulturinspektion, der Feldbereinigung und der Katastervermessung einer einheitlichen Leitung bei der Großh. Oberdirektion unterstellt sei, und sodann ebenfalls die Einrichtung einer Landes-Kulturrenten-Kasse befürwortet hat, angenommen, ebenso III, Katastervermessung, 354,576 M.

Zu IV, Verwaltungsaufwand, a. Zentralverwaltung, hat die Kommission bei § 51 a., Besoldungen, statt 83,700 nur 80,800 M. zu bewilligen beantragt.

Abg. Gerwig hält die Vermehrung des Kollegialpersonals um ein technisches Mitglied nicht für ein Bedürfnis, da die neu zur Oberdirektion gekommenen Stellen ihr Personal mitbrachten und der Geschäftsstand geringer sei als früher.

Staatsminister Turban muß diesen Bemerkungen entgegengetreten, die auf einem Irrthum beruhen. Eine weitere Rathsfstelle sei notwendig, weil das Arbeitsmaterial der Oberdirektion von dem vorhandenen technischen Personal nicht erledigt werden könne, und zwar seit Jahren, so daß bisher Aushilfe durch vorübergehend angestellte Ingenieure erforderlich war. Die Arbeiten der Oberdirektion haben nicht ab-, sondern zugenommen. Man möge doch nur auch an die bedeutende Erweiterung des Landstraßen-Netzes und die dadurch vermehrten Aufgaben der Aufsichtsbehörde bezüglich der Straßenunterhaltung denken. Redner versichert, daß er nicht mitwirken würde, allzu reichliches Personal anzustellen, daß er vielmehr eher auf Reduzierung bedacht sei und die Vermehrung nicht beantragt haben würde, wenn er sich nicht persönlich überzeugt hätte, daß dieselbe notwendig sei und daß die bisher versuchte Aushilfe durch Beiziehung von Ingenieuren als Hilfsarbeiter nicht Gleiches leiste wie ein ständiger Rath, der draußen die nöthige Autorität habe.

Für die von der Kommission gestrichene Besoldung eines Revisors mit 2,900 M. ergreifen Regierungs-Kommissär Geh. Rath Nuth und Staatsminister Turban das Wort.

Der Kommissionsantrag wird angenommen, die Anforderung für a. Centralverwaltung mit 208,874 M. und für b. Bezirksverwaltung mit 401,615 M. wird, nachdem zu letzterer Abg. Blum den Wunsch geäußert, daß im Kreise Heidelberg eine Inspektion oder wenigstens eine selbständige Verwaltung eingerichtet werden möge, genehmigt.

Es folgt die Genehmigung der Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Budget der Oberdirektion im Ganzen.

Zum außerordentlichen Etat I, aufrecht zu erhaltende Kredite, bittet Abg. Beck um baldige Ausführung der Verbesserung der Straße von Unterfingingen nach Stephansfeld, für welche 80,000 M., und der Korrektur der Deggenhauser Aach, für welche 50,000 M. ausgesetzt und noch nicht verwendet seien, sowie um Einstellung gleich hoher Beträge in das neue Budget.

Der Abg. Junghanns empfiehlt seinen inzwischen eingekommenen (von uns gestern mitgetheilten) Antrag, nur die Hälfte der Restkredite zu bewilligen und der Großh. Regierung zu überlassen, dieselbe auf die nach ihrem Ermessen notwendigsten Arbeiten zu verwenden. Nach dem Entwurf des Staatshaushalts-Gesetzes trete eine Unzulänglichkeit ein, die durch einen außerordentlichen Zuschuß aus der Amortisationskasse gedeckt werden solle. Ersparungen lassen sich nur machen bei Ausgaben, die weniger gebieterischen Zwecken dienen, es bleibe daher nichts übrig, als an dem außerordentlichen Budget des Handelsministeriums zu streichen. Auch für den Staat gelte bis zu einem gewissen Grade die Wirtschaftsmoral des Privatmannes, sich den Umständen nach einzufügen. Redner gebe im Voraus zu, daß alle vorgeschlagenen Arbeiten sehr wünschenswerth seien; jedoch könne man sie immerhin zurückstellen. Weil Antragsteller sich nicht zutraue, eine Ausschreibung vorzunehmen, sei vor-

geschlagen, daß innerhalb einer Baujahrssumme die Großh. Regierung die von ihr als die notwendigsten erachteten Bauten ausführe. Da übrigens die Bauten auf die sich die aufrecht zu erhaltenden Kredite beziehen, möglicher Weise schon angefangen seien, seien die Antragsteller so weit hinauszugehen bereit, als die Großh. Regierung als notwendig bezeichne.

Staatsminister Turban will der Debatte nicht vorgreifen, aber eine tatsächliche Berichtigung vornehmen, die vielleicht zur Zurücknahme des Antrages führe.

Das Verzeichniß der aufrecht zu erhaltenden Kredite sei vor vielen Monaten aufgestellt, die damals aufgeführte Restsumme sei längst nicht mehr vorhanden, es wurde gebaut und bezahlt; was noch nicht verwendet sei, betreffe zum größten Theil in Bau begriffene Unternehmen, die man nicht unterbrechen könne.

Abg. Junghanns zieht hierauf seinen Antrag zurück. Abg. Friderich ist der Ansicht, daß eingebrachte Anträge besser begründet sein sollten. Mit solchen, wie der heute vorgeschlagene, wolle man sich nur populär machen. Die Budgetkommission nehme jeden einzelnen Gegenstand unter die Lupe und dann überlasse die Antragsteller dem Ermessen der Regierung, was sie für notwendig halte! Redner müsse an der Bewilligung der einzelnen Positionen festhalten.

Abg. Behringer bezeichnet es als Mißstand, daß man bei den aufrecht zu erhaltenden Krediten nicht sehe, wie viel davon noch vorhanden. Der Vorschlag zur Sparsamkeit würde sich sehr empfehlen haben; jetzt, da nach der Erklärung des Staatsministers der Gegenstand des Antrages voraussichtlich kein großer sein würde, habe Redner in die Zurückziehung gewilligt. Auf Popularität habe es der Antrag gewiß nicht abgesehen.

Regierungs-Kommissär Geh. Rath Nuth wiederholt, daß der größere Theil der Restkredite bereits verwendet sei, eine Ersparung also hier nicht in Aussicht genommen werden könne.

Der Berichterstatter hebt hervor, daß, wenn man für das Volk etwas thun wolle, in allererster Reihe Straßen notwendig seien.

Eine persönliche Bemerkung macht Abg. Junghanns. Abg. Schmidt unterstützt den vorhin vom Abg. Beck geltend gemachten Wunsch.

Staatsminister Turban erklärt, die Arbeit sei nicht aufgegeben, nur verschoben wegen der enormen Höhe der Kosten und weil Verhandlungen mit den Gemeinden im Laufe seien, denen die Bauten, die weniger Straßenbau als Landeskultur betreffen, zu Gute kommen.

Abg. Strübe richtet an die Großh. Regierung die Frage, in welchem Stadium sich die Verhandlungen über die Straße Heiligkreuzsteinach-Weinheim befinden. Zugleich spricht Redner seine Anerkennung über den Brückenbau Heidelberg-Neuenheim aus.

Regierungs-Kommissär Geh. Rath Nuth dankt dem Vordner für die Anerkennung. Was die Straße betreffe, so haben sich die Verhandlungen mit der großh. heftigen Regierung etwas verzögert, Pläne und Kostenüberschläge seien aber jetzt genehmigt und die Straße werde, sobald es die Witterungsverhältnisse gestatten, in Angriff genommen und hoffentlich nach der Vereinbarung gleichzeitig mit der Neckarthal-Bahn vollendet werden.

Abg. Krausmann schließt sich der Anerkennung des Abg. Strübe an.

Es folgt die Bewilligung der aufrecht zu erhaltenden Kredite.

Zu II, neue Anforderungen, liegt ein weiterer (gleichfalls von uns schon gebrachter) Antrag Junghanns u. Gen. vor, der statt 1,788,125 M. nur 788,125 M. zu verwilligen vorschlägt.

Abg. Junghanns begründet seinen Antrag. Es melde sich sonst kein Redner; nach kurzem Schlusssatz des Berichterstatters wird der Antrag abgelehnt. Abg. Frech will bei Gelegenheit der Position für Straßen-

bau eine indirekt auf dieselbe bezügliche Bemerkung in Betreff der auf den in Rede stehenden Straßen verkehrenden Postomnibusse machen. Es seien noch viele Wünsche nach Postverbindungen übrig, insbesondere z. B. nach einer solchen zwischen Oberwittstadt, Unterwittstadt, Ballenberg und Dörberg. Redner gebe zur Erwägung, ob zur Herstellung dieser Postverbindung nicht ein Zuschuß aus Staatsmitteln gegeben werden solle.

Abg. Huffscheidt unterstützt den Vorschlag des Vordners, Abg. Pfleger und Staatsminister Turban treten demselben entgegen. Letzterer erklärt, das Ansuchen auf das Allenstschiedenste zurückweisen zu müssen; wir haben keine babische Post mehr, das Reich habe die begünstigten Rechte und Pflichten. Wenn man nur mit einem kleinen Zuschusse anfinde, würde dies weiter führen, als zu übersehen sei. Die Reichspost habe übrigens in vielen Fällen einer Vermittelung freundlich entsprochen. Die Lage Badens in Bezug auf postalische Verbindungen sei eine andere geworden, es handle sich jetzt nicht mehr um eine Ausgleichung innerhalb Badens, sondern im Reiche, und da sei Baden im Verhältnisse zu andern Gebieten reichlich ausgestattet.

Es folgt eine Bemerkung des Abg. Schöck.

Zu I, Straßenbau, § 1, Straße von Köhldorf nach Hardsheim, äußert Abg. Kober einen Wunsch, worauf Staatsminister Turban erwidert, daß bezüglich der Fortsetzung des Bades auf der rechten Donauseite noch Untersuchungen über die beiden in Frage kommenden Trassen angedeutet seien; Redner hoffe, dem nächsten Landtage ein abgerundetes Projekt vorlegen zu können.

Bei § 2, Herstellung einer Landungsstelle in Unterfingingen, bringt Abg. Beck ein Ansuchen vor.

Zu § 9, Verbesserung der Straße von Brach nach Schopshausen in Folge der Korrektur der Biese, empfehlen die Abgg. Pfleger und Seydel die Gemeinde Brombach, die bei dem Hochwasser großen Schaden erlitten habe, der Nachsicht bei der Beiziehung zu den Kosten.

Zu § 15 macht Abg. Seefels auf den Zustand der Straße durch Haueneberstein aufmerksam.

In Betreff des Brückenüberweges bei Neckargemünd spricht Abg. Frey eine Bitte aus.

Zu I, Wasserbau sprechen die Abgg. Kopp bezüglich des Damms Ruckheim-Philippsthal, Junghanns und Kiefer bezüglich der Dammbauten in Alenheim, Sartori bezüglich der Strecke Hochstetten-Breisach ihre Wünsche aus.

Zu § 31, Befestigung und Ergänzung der Ringzidämme, und § 35, Korrektur der Ringzid bei Viberach, äußern sich die Abgg. Förderer und Hansjakob, welchen Regierungs-Kommissär Geh. Rath Nuth erwidert, daß auf die Wünsche der Beteiligten Rücksicht genommen und daß sich Gelegenheit geben werde, dieselben zu vernehmen.

Dem Abg. Förderer macht noch Staatsminister Turban eine Bemerkung.

Die Ausgaben im außerordentlichen Etat werden mit 3,295,355 M. bewilligt.

Zu den Einnahmen Tit. III b., § 3, Erlös aus der topographischen Karte, erregt Abg. Friderich das Wort: Der Betrag für das einzelne Blatt der Karte sei zu hoch. Die Einnahme werde, wie das bei so vielen Dingen gehe, voraussichtlich nicht geschmälert werden, wenn man den Preis herabsetze.

Staatsminister Turban erklärt hierauf, wie dies bei dergleichen Werken gewöhnlich sei, werden durch den Erlös die Kosten bei Weitem nicht gedeckt. Regelmäßig werden das ganze Werk nur Behörden anschaffen. Für Privatleute seien die Blätter allerdings etwas theuer, namentlich da nach dem Maßstabe der Karte eines selten genügen werde. Eine Herabsetzung des Preises würde gewiß zu einer größeren Verbreitung beitragen. Die Bemerkung des Vordners solle in Erwägung gezogen werden.

Die Einnahmen werden mit 360,595 M. genehmigt.

Ohne Debatte werden Tit. V., Polizei, und Tit. VIII, verschiedene und zufällige Ausgaben, angenommen.

Handel und Verkehr.

Neuester Frankfurter Kurszettel im Hauptblatt III. Seite.

Table with market data for Berlin, Hamburg, Bremen, and Paris, listing various commodities and their prices.

Table with market data for London, New York, and other international locations, listing exchange rates and commodity prices.

Table with weather observations for St. Petersburg, listing dates and weather conditions.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with weather observations for Karlsruhe, listing dates, temperature, and other meteorological data.

Bürgerliche Rechtspflege Vermögensabsonderungen. B. 668. Nr. 52. Civ. Kam. Waldshut. In Sachen der Ehefrau des Richard Knecht, Viktoria, geb. Brogle, von Altpfel, zur Zeit in Kaiserstuhl, Klägerin, gegen ihren Ehemann, Beklagten, Vermögensabsonderung betr. hat die genannte Ehefrau eine Klage auf Vermögensabsonderung hier eingereicht und ist zur Verhandlung hierüber Tagfahrt in die Gerichtsbarkeit vom Samstag den 23. Februar d. J., früh 8 1/2 Uhr, andernorts worden; was zur Kenntnissnahme der Gläubiger hiermit bekannt gemacht wird. Waldshut den 3. Januar 1878. Großh. bad. Kreisgericht. Junghanns. Weisenhorn.

Gläubiger bekannt gemacht wird. Mosbach, den 9. Januar 1878. Großh. bad. Kreisgericht, Civilkammer I. Nicolai. Wolf. Verwalter des Nachlasses. Polzeifachen. U. 551. Nr. 1067. Lörrach. Franz Josef Bruggler, ledig, von Gießen, ist am 7. ds. Mts. in Fieberhölle von Hause entwichen und wahrscheinlich im Rhein ertrunken. Signalement: 26 Jahre alt, mittelgroß, Haare, schwarzbraun; kleiner, brauner Schnurrbart; Rinn, unrot; Augen, graublau; Zähne, gut; Nase und Rinn, spitz. Bekleidet mit weißem Hemd.

F. B. oder W. B. gezeichnet und mit l. September l. J. Montag den 21. Januar l. J., Vormittags 9 Uhr, 5 Holländerischen bis zu 5,9 Fesseln, 1 Eichenkamm, 2 Eichenen Scheit, 149 „ eichenes „, 9 „ eichenes Prögel, 182 „ eichenes Stodholz, 55 Eichenbuche und 10 „ eichene Wellen, öffentlich versteigert. Zusammenkunft auf dem Jmmethäuser Hof, Sinsheim, den 11. Januar 1878. Evangel. Stiftschaffner. Schmidt. Holzversteigerung. Im Sinsheimer Stiftswalde, Distrikt Einsenlein, Zeisopshalde und Försel werden gegen Bergrecht bis